Nr. 319 ✦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 22

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— Mk., monatl. 10.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 15.50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin".

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 25. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die Ministerliste.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers Fehrenbach folgende Minister ernannt:

Reichsjustizminister, betraut mit der Vertretung des Reichskanzlers: Dr. Heinze,
Reichsminister des Auswärtigen: Simons,
Reichsminister des Innern: Koch,
Reichsfinanzminister: Wirth,
Reichsernährungsminister: Hermes,
Reichspostminister: Giesberts,
Reichsverkehrsminister: Groener,
Reichswehrminister: Geßler,
Reichsfinanzminister: Scholz,
Reichsschatzminister: v. Raumer.

Die Besetzung des Wiederaufbauministeriums ist noch vorbehalten, die Verhandlungen über die Besetzung des Reichsarbeitsministeriums werden bald abgeschlossen sein. Die Ernennung des Pfarrers Dr. Brauns wird erfolgen, sobald die Genehmigung des zuständigen Bischofs vorliegt. Dr. Brauns ist ein führender Mann von München-Gladbach und gilt als ein fortgeschrittener christlicher Sozialpolitiker. Das Kabinett wird am Sonnabend zu seiner ersten Sitzung zusammentreten und sich entsprechend den Beschlüssen des Seniorenkonvents dem Reichstag am Montag vorstellen.

Unter der alten Regierung haben die Rechtsparteien immer nach „Fachministern" geschrien. Nachdem eine von ihnen beiden zu mitbestimmendem Einfluß in der Regierung gelangt ist, ist man allgemein sehr neugierig, welche Kapazitäten sie für die Ministerliste in Vorschlag bringen würden, es stellte sich aber alsbald heraus, daß sie keine hatten. Der Ruf nach Fachministern erwies sich ebenso als bloßes Wahlgeschrei wie die „Befreiung von roten Ketten", die man sich jetzt so gern wieder anlegen lassen würde.

Die „V. Z." gibt nun für das Ausbleiben der Fachminister einen materialistischen Erklärungsgrund. Nachdem Wiedfeld abgelehnt habe, sei mit dem Direktor einer großen Maschinenfabrik verhandelt worden, der aber als Gehalt sein bisheriges Einkommen — 400 000 M. im Jahr — verlangte. Daran seien die Verhandlungen gescheitert. Die in Aussicht gestellte Rettung des Vaterlandes durch die rechtsparteilichen „Fachminister" muß also ausbleiben, weil den Herren das Ministergehalt zu niedrig ist. Der Fall ist doppelt zu registrieren unter R (Rechtsparteien) und P (Patriotismus).

Giolittis Programm.

Rom, 25. Juni. (T. U.) Im italienischen Parlament hielt der neue Ministerpräsident Giolitti gestern seine Programmrede, in der er erklärte: Die Außenpolitik muß uns und Europa endlich den Frieden sichern. Ohne diesen ist der Aufbau unmöglich. Es wird eine parlamentarische Kommission zur Kontrolle der Außenpolitik eingesetzt werden. Dieser Kommission sind alle Dokumente auszuhändigen. Um den völligen Friedenszustand zu erreichen, müssen wir unverzüglich freundschaftliche Beziehungen mit allen Völkern anknüpfen und ohne Einschränkung auch korrekte Beziehungen zur russischen Regierung aufnehmen. Sodann legte Giolitti sein gesetzgeberisches Programm dar: Konfiskation aller Kriegsgewinne seit dem 1. August 1914, Verschärfung der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie der Luxussteuer, Bestrafung und Ueberwachung der Zwischenhändler und Preiswucherer. Ueber Albanien sagte Giolitti: Die italienische Regierung hat nicht die Absicht, das Protektorat über Albanien beizubehalten. Sie fordert einzig und allein die völlige Unabhängigkeit Albaniens. Die Erklärung wurde beifällig aufgenommen.

Spa am 5. Juli.

Nach amtlicher Mitteilung des britischen Geschäftsträgers ist die Konferenz in Spa endgültig auf den 5. Juli festgesetzt.

Zur Wiedergutmachungsfrage.

Amsterdam, 25. Juni. Die „Westminster Gazette" schreibt zu den verschiedenen Berichten über die in der Wiedergutmachungsfrage von den alliierten Staatsmännern gefaßten Beschlüsse: Der Vorschlag, die deutschen Zahlungen über 35 bis 40 Jahre zu verteilen, bedeutet, daß man die Regelung einer Schuld, die die gegenwärtige Generation von Staatsmännern nicht einbringen könne, einer unbekannten Zukunft überläßt. Die Frage, ob Deutschland zahlen werde, hänge davon ab, ob es sich einer Bezahlung widersetzen könne, und um einen solchen Widerstand zu verhindern, würden die Alliierten die Besetzung des deutschen Gebietes aufrechterhalten und solche militärischen und maritimen Vorkehrungen treffen müssen, daß ein großer Teil, wenn nicht die Gesamtheit der Entschädigungssumme darauf verwendet werden müßten. Das Blatt sagt: Wenn den alliierten Regierungen statt 4½ Milliarden Pfund, die in 35 Jahren zu bezahlen sind, etwa zwei Milliarden Pfund angeboten werden, so würde jeder Geschäftsmann sie für verrückt erklären, wenn sie dieses Anerbieten abweisen würden.

Streikgefahr im Industriegebiet.

Wegen der großen Erregung unter den Bergarbeitern über den zehnprozentigen Steuerabzug haben sowohl der Bergarbeiterverband, wie der Verein für bergbauliche Interessen Eingaben an die Regierung gerichtet. Die Erregung wird durch die schlechten Ernährungsverhältnisse gesteigert. Auf der Zeche Hansa in Dortmund wird gestreikt, große Versammlungen in Herne, Bochum usw. haben mit dem Streik gedroht. Der Gemeindearbeiterstreik in Essen ist durch Verhandlungen beendet.

Eine militaristische Maßregelung.

Der Belastungszeuge der Marburger Mörder entlassen!

Kassel, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Der Offizier-Stellvertreter Dahlheim des Marburger Reichswehr-Bataillons, der bereits im 14. Dienstjahr steht und bei den Kriegsgerichtsverhandlungen gegen die studentischen Zeitfreiwilligen als Belastungszeuge aufgetreten war, ist am Montag von dem Bataillonskommandeur Reinhard von Schenk zu Schweinsberg seines Postens enthoben worden. Begründet wurde dieses Vorgehen durch den Major damit, daß Dahlem erstens gegen das Offizierskorps Stellung genommen habe und zweitens, daß infolge seiner Beteiligung an den Kriegsgerichtsverhandlungen gegen die Marburger Zeitfreiwilligen ein Teil der Unteroffiziere seine Entlassung fordere.

Was die Stellungnahme gegen das Offizierskorps betrifft, so handelt es sich um einen Bericht Dahlheims über das Verhalten einiger reaktionärer Offiziere während der Kapp-Tage, der auf Veranlassung des Abgeordneten Prof. Schücking, Marburg, dem Reichswehrministerium zugegangen ist. Was die zweite Forderung anlangt, so kann es sich bei „einem Teil der Unteroffiziere" höchstens um einen reaktionären Oberjäger handeln, dem ebenso wie dem Major das energische, verfassungstreue Auftreten des Offizierstellvertreters Dahlheim ein Dorn im Auge ist.

Diese Maßregelung stellt sich würdig den zahllosen Uebergriffen des Militarismus, die wir seit den Kapp-Tagen erleben mußten, zur Seite. Der einem jeden Zeugen abverlangte Eid fordert bekanntlich, die reine Wahrheit zu sagen, nichts hinzuzusetzen und nichts zu verschweigen. Wenn das Verhalten des Herrn v. Schenk zur Norm erhoben wird — und wir zweifeln nicht, daß seine Handlungsweise vielen seiner Kameraden außerordentlich imponieren wird — so dürfte mancher Zeuge sich gezwungenermaßen die Frage vorlegen, ob es nicht doch richtiger wäre, einiges hinzuzusetzen und manches zu verschweigen. Das Vorgehen des Bataillonskommandeurs muß also, ganz abgesehen von der politischen Seite der Angelegenheit, schon aus Gründen der Aufrechterhaltung einer objektiven Rechtsfindung schärfste Mißbilligung finden. Der Herr Kommandeur war klug genug, sich nicht durch vorherige Mitteilung seines zweifellos feststehenden Beschlusses einer strafbaren Zeugenbeeinflussung auszusetzen. Wenngleich also ihm rechtlich nichts anzuhaben ist, so gibt es doch noch eine Behörde, die in der Lage ist, derartigen Ungeheuerlichkeiten einen Riegel vorzuschieben, und das ist das Reichswehrministerium. Allerdings ist gerade an dieses Ministerium seit Monaten so häufig und so erfolglos appelliert worden, daß wir uns auch diesesmal von unserem Appell nur geringe Wirkung versprechen.

Billigung der Parteihaltung.

Kassel, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In einer außerordentlich gutbesuchten Versammlung nahm gestern abend die Kasseler Parteigenossenschaft zum Ergebnis der Reichstagswahl und der politischen Lage Stellung. Nach einem vorzüglichen Referat des Genossen Hauschild wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

> Die heutige Mitgliederversammlung der S. P. D. der Stadt Kassel begrüßt die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion in der Frage der Regierungsbildung und spricht ihnen das volle Vertrauen aus. Die Versammlung verurteilt auf das schärfste das Marburger Kriegsgerichtsurteil und begrüßt den Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit auf das wärmste.

Hellen Jubel löste die Mitteilung des Genossen Hauschild aus, daß vom 10. bis 16. Oktober der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in Kassel abgehalten werden soll.

Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Der bekannte Großindustrielle Kommerzienrat Julius Berger, der Mitglied der Sachverständigenkommission für den Wiederaufbau Nordfrankreichs war, schneidet dies Thema in einem Artikel der „Vossischen Ztg." vom 23. Juni an. Die sachliche Darstellung, die Berger von dem ganzen Verlauf der Angelegenheit gibt und die bis auf einen Punkt richtig ist, widerlegt die Vorwürfe und Anwürfe, die in derselben „Vossischen Ztg." gegen die bisherige Regierung gemacht wurden.

Berger stellt zunächst fest, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich zu einem positiven Ergebnis nicht geführt haben — Berger sagt nicht, warum —, daß man einen Strich unter die Vergangenheit machen müsse und sozusagen den Wiederaufbau auf einer neuen Grundlage beginnen müsse und zwar „um diese Angelegenheit zu einem für Deutschland und Frankreich gleich annehmbaren und gleich ersprießlichen Ende zu führen".

Mit dieser allgemeinen Voraussetzung sind auch wir einverstanden. Wir sind gleichfalls der Ansicht, daß Frankreich „in absehbarer Zeit" nicht in der Lage sein wird, den äußerst dringenden Wiederaufbau selbst auszuführen. Wir finden es gleichfalls richtig, daß die Arbeitslosenkrise in Deutschland, als Folge der Demobilmachung, statt mit Notstandsarbeiten, die nur teilweise „werbende Werte" schufen, besser überwunden worden wäre und werden würde durch eine aktive Beteiligung am Wiederaufbau in Nordfrankreich. Berger kommt dann selbst zu dem Schluß: „Der Durchführung dieses Gedankens stehen ernsthafte Hindernisse auf deutscher Seite nicht entgegen."

Weder seitens der Unternehmer noch seitens der Arbeiterschaft, sofern dieser „die Erfüllung ihrer berechtigten Ansprüche in sozialer und finanzieller Hinsicht garantiert wird".

Berger führt dann die Bedenken an, die angeblich von französischer Seite gegen eine aktive Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau geltend gemacht werden. Das eine wäre die wirtschaftliche Kräftigung und dadurch „die Stärkung des nationalen Selbstbewußtseins und der kriegerischen Instinkte" Deutschlands. Obwohl uns nicht bekannt ist, daß ein solches Argument jemals geltend gemacht wurde, halten wir es doch für möglich. Denn den Nationalisten — und die regieren heute in Frankreich — ist das dümmste Argument noch lange nicht dumm genug. Was Herr Berger gegen die geplante internationale Anleihe vorbringt, ist durchaus begründet, wenigstens soweit es sich auf den Wiederaufbau Nordfrankreichs und nicht auf die Beschaffung von Rohmaterialien und Lebensmitteln bezieht.

Von französischer Seite ist, wie Herr Berger weiter mitteilt, die Befürchtung laut geworden, „daß infolge der Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte in Nordfrankreich der Bolschewismus eine Eingangspforte finden könnte", und er bemüht sich, diese Befürchtung zu widerlegen. Diese angebliche Befürchtung ist eine Legende. Vor dem Kriege arbeiteten zehntausende deutscher Arbeiter in Frankreich, und den maßgebenden französischen Behörden ist es nicht unbekannt, daß gerade diese deutschen Arbeiter sich gegenüber den anarcho-syndikalistischen Experimenten immer ablehnend verhielten. Sie wissen auch, daß die zu den Verhandlungen über den Wiederaufbau entsandten Vertreter der deutschen Arbeiter entschiedene Gegner der bolschewistischen Methoden und Theorien sind. Die französischen Regierungsvertreter konnten um so weniger diese Befürchtung haben, als gerade die deutschen Arbeitervertreter verlangten, die am Wiederaufbau beschäftigten deutschen Arbeiter sollten nach wie vor den deutschen Gewerkschaften angehören, die im Wiederaufbaugebiet eigene Zahlstellen und Vertrauensleute unterhalten dürften, so daß der Kontakt zwischen deutschen und französischen Arbeitern nur ein sehr loser und indirekter sein würde. Und daß gerade unter der französischen, wie der an zweiter Stelle für den Wiederaufbau in Frage kommenden italienischen Arbeiterschaft die Sympathien mit dem Bolschewismus besonders stark sind, daß also eine Ansteckungsgefahr, wenn eine solche vorhanden wäre, nur im umgekehrten Sinne befürchtet werden könnte, ist natürlich den französischen Behörden nicht unbekannt.

Falsch ist aber, daß „die einzige bestimmte Forderung, die von Frankreich aufgestellt wurde, daß nämlich Deutschland Arbeiter stellt, die unter französischer Aufsicht beim Wiederaufbau mitwirken sollen", an der ablehnenden Haltung der deutschen Bauarbeiter gescheitert ist. 1. war dies nicht die einzige Forderung und 2. wurde nicht bestimmt, sondern nur so nebenbei, wenn auch nicht weniger deutlich gewünscht, daß man „provisorisch", zur Ersetzung der damals noch heimzuschickenden Kriegsgefangenen Arbeiter schicken möge, die ohne die zugestandenen Rechtsgarantien arbeiten sollen. Das wurde abgelehnt, und man kam auch nicht mehr darauf zurück.

In Wirklichkeit ist das Scheitern der Verhandlungen — und damit des Wiederaufbaues Nordfrankreichs, der ohne

Deutschland nicht zustande kommen kann (wir sagen das nicht, um Herrn Berger zu beruhigen) — nicht in mutmaßlichen Befürchtungen der Franzosen zu suchen, sondern einzig in der Tatsache, daß Herrn Loucheur, der die Verhandlungen führte, das Heft aus den Händen entwunden wurde, und zwar dadurch, daß man ein Ministerium der befreiten Gebiete schuf und damit Herrn Tardieu bedachte. Und Tardieu, der französische Autor des Vertrages von Versailles, erst Berufsdiplomat, dann Journalist, Parlamentarier, Reichskommissar, Unterhändler, Minister usw., aber immer Geschäftsmann, hat es ja in der Kammer selbst ausgeplaudert, daß er von Deutschland Lieferungen „umsonst" hätte haben können, jedoch vorgezogen habe, sie zu bezahlen. Man darf annehmen, daß Tardieu bei diesem Geschäft nicht gerade Verluste erlitten hat.

Seitdem stockt der Wiederaufbau — aber nicht das „Geschäft". Der Wiederaufbau ist zu einem französischen Finanzskandal geworden, wovon wir die Finger lassen wollen. In Spa haben unsere Unterhändler einzig über die Festsetzung der deutschen Schuld an die Alliierten — nicht an Frankreich — zu verhandeln. Auch über die Kreditbeschaffung für Rohstoffe und Lebensmittel wird zu verhandeln sein. Der Rest ist eine interne Frage Frankreichs.

Ueber eventuelle Lieferungen für den Wiederaufbau wie über die Beschäftigung deutscher Arbeiter kann praktisch einzig bei den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gesprochen werden. Daß die deutsche Arbeiterschaft wie die deutschen Unternehmer und letzten Endes die deutsche Regierung bereit sind, den Franzosen entgegenzukommen, beim Wiederaufbau praktisch zu helfen, weiß die französische Regierung ganz genau. Wenn diese von Zeit zu Zeit das Gegenteil in der französischen Presse verbreiten läßt, so verfolgt sie damit einen bestimmten politischen Zweck. Mit diesem politischen Zweck stimmt es auch überein, daß die französische Regierung den deutschen Arbeitern die Rechtsgarantien, auf die jeder freie Arbeiter in Frankreich wie anderwärts Anspruch hat, verweigert. Das haben die Vertreter der deutschen Arbeiter bei den Unterhandlungen mit der französischen Bauarbeiterorganisation erproben können.

Solange die französische Regierung den politischen Agitationszweck noch höher bewertet als den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, nationalistische Hetzartikel inspiriert oder sich von ihnen inspirieren läßt, bleiben alle Angebote von deutscher Seite nur ganz aussichtslose Versuche.

Der Landarbeiterstreik in Pommern.

Die Rolle des „Pommerschen Landbundes".

Im heutigen Morgenblatt hatten wir kurz die Entschließung der Arbeitgeberausschüsse des Pommerschen Landbundes wiedergegeben, die dieser an die Staatsregierung, dem Reichsarbeitsminister, dem Staatskommissar für öffentliche Ordnung sowie an den pommerschen Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten der Provinz gerichtet hatte und in der gegen den Streik der Landarbeiterschaft protestiert wurde. Unsere ablehnende Stellungnahme dem Pommerschen Landbund gegenüber wird durch folgenden ausführlichen Bericht, den wir von zuständiger Stelle erhalten, in vollem Umfange bestätigt. Wir erfahren hierzu:

Die in der Entschließung gegebene Darstellung entspricht nicht dem wirklichen Sachverhalt. Die Arbeitgeber waren nicht grundsätzlich zu Verhandlungen bereit, die Regierung hat dem Ausbruch und dem Verlauf des Streiks nicht stillschweigend zugesehen; im Kreise Köslin ist es bisher noch zu keinem allgemein gültigen Tarifabschluß gekommen. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender:

Nach Aufhebung des Belagerungszustandes war den in Pommern erlassenen Zwangstarifen der Rechtsboden entzogen. Es bestand also ein tarifloser Zustand. Um diesen zu beseitigen, wurden Kommissare des Landwirtschaftsministeriums entsandt. Während in den Regierungsbezirken Stralsund und Stettin Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich bereit gefunden haben, im Wege der freien Vereinbarung Tarifverträge abzuschließen — in vielen Kreisen sind die Verhandlungen bereits beendet —, waren im Regierungsbezirk Köslin die Arbeitgeber nicht dazu zu bewegen. Deshalb wurde versucht, in Köslin ein Schiedsgericht zu bilden. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter erschienen. Die Arbeitgebervertreter machten aber sofort zur Bedingung, daß auch die Arbeitnehmergruppe des „Pommerschen Landbundes" als vollgültige Vertragspartei zugezogen werde und aus ihrer Mitte Beisitzer genommen würden. Diese Forderung konnte nicht erfüllt werden, da durch Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 8. März 1920 die Arbeitnehmergruppe des Pommerschen Landbundes nicht als eine tariffähige Organisation im Sinne der Verordnung vom 23. Dezember 1918 anzusehen ist. Die Arbeitgebervertreter weigerten sich nachdrücklich, auf die Regelung irgendeiner materiellen Frage einzugehen. Dadurch war es dem Schiedsgericht, für das die Beisitzer ernannt waren, unmöglich, sich zu konstituieren, und es wurden daher die weiteren Verhandlungen für den gesamten Regierungsbezirk Köslin an die land- und forstwirtschaftliche Spruchkammer Köslin verwiesen, mit der Maßgabe, sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmervertreter aller Kreise daran zu beteiligen. Die Verhandlungen in Köslin verzögerten sich, weil zwischen den Parteien eine Einigung über verschiedene Vorfragen nicht herbeigeführt werden konnte. Inzwischen ist nun am Montag, den 21. Juni, ein Schiedsspruch gefällt worden, der aber bisher weder von den Parteien anerkannt, noch vom Demobilmachungskommissar für rechtsverbindlich erklärt worden ist und auch nicht für rechtsverbindlich erklärt werden kann, weil formale Mängel vorliegen.

Unterdessen haben sich die Arbeitgeber einiger Kreise bereit gefunden, mit den Arbeitnehmerverbänden, und zwar dem Zentralverband der Land-, Forst- und Weinbergsarbeiter und dem Deutschen Landarbeiterverband, im Wege freier Vereinbarung unter Ausschaltung der nicht tariffähigen Arbeitnehmergruppe des „Pommerschen Landbundes" Tarifverträge zu schließen. Die Verhandlungen hierüber sind vielerorts bereits zum Abschluß gelangt, so z. B. in den Kreisen Kolberg, Körlin, Dramburg, Stolp und Schlawe; in den Kreisen Lauenburg, Bublitz und Rummelsburg stehen sie dem Abschluß nahe. Wenn die Arbeitgeber in der Entschließung zum Ausdruck bringen, daß sie nur noch bereit seien, in Verhandlungen einzutreten, nachdem die Arbeit wieder bedingungslos aufgenommen sei, so ist demgegenüber an die Arbeitgeber die Forderung zu richten, endlich auch tatsächlich sich zu Verhandlungen bereit zu zeigen und zwar zu Verhandlungen mit solchen Organisationen, die als unabhängig und daher als alleinige Vertretungen der Arbeitnehmer gesetzlich anerkannt sind. Tarifartige Abmachungen innerhalb des Pommerschen Landbundes sind nur als Scheinverträge zu werten und der objektive Beschauer kann verstehen, daß die Arbeitnehmer in einem Falle, in dem sie seit sieben Monaten vergebens versuchen, zu einem Tarifvertrage zu gelangen, in der Not zum äußersten Mittel, dem Streik, greifen.

Der Verlauf des Streiks ist, von einigen geringfügigen Fällen abgesehen, ein absolut ruhiger.

Diese Darstellung, die den tatsächlichen Vorgängen in Pommern vollkommen entspricht, gibt von den Geschehnissen ein gänzlich anderes Bild, als man es sich aus der Entschließung des Pommerschen Landbundes machen konnte. Es ist notwendig, den arbeiterfeindlichen Landbündlern mit größter Energie entgegenzutreten und weiteste Kreise der Bevölkerung darüber aufzuklären, daß an dem bedauerlicherweise zum Ausbruch gekommenen Streik die Arbeiterschaft nicht die mindeste Schuld trägt.

*

Stettin, 24. Juni. Der Landarbeiterstreik im Regierungsbezirk Köslin umfaßt dem „Generalanzeiger" zufolge bis jetzt ungefähr 150 bis 200 Güter, davon allein im Kreise Stolp 100 Güter. Seit gestern hat der Streik auch auf den Kreis Rummelsburg übergegriffen.

Ein Aufruf der K. P. D.

Die U. S. P. warnt vor Torheiten.

Die K. P. D. veröffentlicht in der „Roten Fahne" einen Aufruf zu Versammlungen und Demonstrationen, für die sie folgende Parolen ausgibt:

Gegen die Einschränkung und Stillegung der Betriebe, gegen die Arbeitslosigkeit durch die Kontrolle der Wirtschaft durch revolutionäre Betriebsräte!

Gegen die Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten durch die Bewaffnung des Proletariats!

Gegen die Steuer auf den Hunger durch die Streichung sämtlicher Kriegsanleihen und die Konfiskation der kapitalistischen Vermögen!

Gegen die Zerstörung der Welt durch den Kapitalismus durch den kommunistischen Wiederaufbau!

Selbstverständlich hat die K. P. D. das Recht, für ihre Auffassungen in gesetzlichen Formen zu demonstrieren. Sie wird dadurch kaum etwas ändern können an der Ueberzeugung der ungeheuren Mehrheit des Proletariats, daß die von ihr empfohlenen Methoden nicht zum Wiederaufbau, sondern zur vollständigen Zerstörung führen.

Zugleich erklärt die „Freiheit" einen Bericht des „Bayerischen Kurier", wonach die U. S. P. einen Generalstreik plane, wobei es „auf einige tausend Menschenleben nicht ankomme", für Spitzelmache. Sie schreibt dazu:

Unnötig zu sagen, daß in unserer Partei niemand daran denkt, politische Machtverhältnisse durch gewaltsame Putsche oder Sabotageakte zu ändern.

Es verstärkt sich aber diesen sich täglich wiederholenden Sensationsberichten der Spitzelzentralen gegenüber der Eindruck, daß die Reaktionäre aller Schattierungen mit wahrer Inbrunst den Tag herbeisehnen, an dem die Arbeiterschaft sich zu Unbesonnenheiten hinreißen läßt. Das deutsche Proletariat macht die Hoffnungen der Reaktion zuschanden. Es läßt sich weder durch Spitzel noch durch sonstige Provokationen vor die Maschinengewehre der Soldateska treiben. Die Absicht der Militaristen und Gegenrevolutionäre, **durch einen furchtbaren Aderlaß das Proletariat wehrlos zu machen**, um über Blut und Leichen die Militärdiktatur zu errichten, scheitert an der Einsicht und Ueberlegenheit der deutschen Arbeiterklasse.

Hoffentlich steht die ganze U. S. P. auf diesem Standpunkt und hat sie auch den Mut, gegen Narren und Lockspitzel, die behaupten werden, sie verrate damit die Revolution, an ihm festzuhalten.

Gegen die Ausweisungsschmach.

Protest des Flensburger Gewerkschaftskartells.

An das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam ist gegen die zu Unrecht erfolgten Ausweisungen deutscher Arbeiter aus der ersten Zone Schleswigs folgende Protestresolution abgesandt worden:

Auf Grund des Versailler Friedensvertrages hat in Nordschleswig in der ersten und zweiten Zone eine Volksabstimmung stattgefunden, nach deren Ergebnis die erste Zone an Dänemark gefallen ist. Die Arbeiterschaft Nordschleswigs, die von jeher den Schutz der Minderheiten in jedem Staate angestrebt hat, muß mit Bedauern feststellen, daß in der jetzt zu Dänemark gefallenen ersten Zone die Ausweisung von deutschen Arbeitern in einem Maße erfolgt, die den Grundsätzen des Minderheitsschutzes Hohn sprechen. Wir müssen feststellen, daß die um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden dänischen und deutschen Arbeiter in der ersten Zone der Unternehmer- und Polizeiwillkür vollständig ausgeliefert sind. Bedauerlicherweise hat die Internationale Kommission, deren Aufgabe die Verwaltung des Abstimmungsgebietes und die ruhige Durchführung der Abstimmung war, dieser Willkürherrschaft Vorschub geleistet. An der Spitze dieser Kommission steht der Engländer Mister Bruce.

Wir rufen die gesamte Internationale der Gewerkschaften auf, unsere nordschleswigschen Arbeitsbrüder und deren Familien vor noch größerem Elend zu bewahren und hoffen, daß sie in allen Ländern ihre Stimme gegen die hier geübte Willkürherrschaft erheben und uns in unserem gerechten Kampf unterstützen."

Mit der gleichen Angelegenheit beschäftigt sich nachstehende Resolution, die an die dänischen Genossen sowie an die deutsche und dänische Regierung appelliert:

Theater in der Provinz.

Von Max Hochdorf.

Ich habe mir Vorstellungen in einigen Provinztheatern angesehen. Es waren darunter ehemalige Residenztheater von sehr gutem Namen, größere Stadttheater, auch ein paar Schmieren mit Wandertruppen. Ist das lehrreich?

Es ist vor allem tröstlich. Solche winzige Studienfahrt zeigt, daß man jahraus jahrein unzufrieden und verstimmt sein kann, weil so viel halbe Dichtung, weil so viel falsches Genie in Berlin verhätschelt wird, während ein Häuflein der Ernsteßen immer mehr, immer häufiger abseits stehen muß. Aber das rein Theatralische, das Spiel auf der Bühne die gebildete Routine des Komödianten, die geschmackvolle und zweckentsprechende Ausstattung des Bühnenraumes, das machen die Leute aus der Provinz den Berlinern nicht nach. In Berlin wurden doch die großen Probleme gelöst. In Berlin löste man sich doch von einer Ueberlieferung, die das Theater zum blassen, steifen Kulissengefängnis machte. Es scheint, das viele fremde Direktoren- und Komödiantenblut, dies nach oben wurzellos aussehende Geschlecht eifriger Emporkömmlinge, ist doch mehr wert als die artige Zukunft der Theaterleiter, die an ehemaligen Hofbühnen und ziemlich berühmten Stadttheatern heute noch ihre wohlmeinende und gutgemeinte Kraft entfalten.

Man sei nicht ungerecht, man ziehe nicht aus einem Dutzend durch Schnellzug und Hotelverdruß gewürzter Erfahrungen den eiligen Satz, daß Provinztheater eben schlankweg Provinz im Witzblattsinne sei! Man überlege nur, daß jetzt, nach dem Verschwinden der Hoftheater und ihrer Zuschüsse aus fürstlichen Schatullen die wirtschaftlichen Lebensbedingungen für die Theater in der Provinz ungeheuer verändert worden sind. In Berlin mußten sich bisher alle Theater, mit Ausnahme der kaiserlichen, aus eigenen Einkünften erhalten. Jede mittlere oder größere Provinzstadt, Fürstenresidenz oder aus anderen Gründen Landesmittelpunkt, unterstützte dagegen ihre Theater mit beträchtlichen Summen. Der Direktor — heute heißt er meistenteils Intendant —, der Direktor in der Provinz hat gewiß auch seine wirtschaftliche Not, er hat auch seinen Konkurrenzkampf. Aber er lebt dort ruhiger, er lebt doch furchtloser, er braucht nicht nach Talenten der Feder und der Bühne zu fischen und fieberisch zu suchen. Er kann sich meistens die Qual schenken, Entdeckungen der Dichtkunst und des theatralischen Genies zu machen. Ihnen ist ein gesetztes Leben erlaubt, ein arbeitsames Beamtentum. So kommt es, daß sich gerade in den letzten Jahren die unternehmungslustigen Direktoren und Intendanten nicht lange halten konnten. In Berlin bleiben die Direktoren, die sich ein Theater erobert haben, meist jahrzehntelang. Sie geben ihrer Bühne ihren ganz besonderen Stil. Sie kämpfen ein Menschenalter lang für ihre Kunstanschauung. In der Provinz wandern die Mutigsten und Erfinderischsten. Ob sie es gern tun, ob sie einem Zwange gehorchen, es ließe sich schwer entscheiden. Immerhin wird die Not zum Wandern größer sein als die Lust. Denn bei jedem neuen Aufbruch sind Enttäuschungen zu buchen, sind Hoffnungen, die oft sehr hoch gingen, zu begraben. Die wanderlustigen Konservativen gewinnen die Macht, sie gewinnen sogar den Frieden der Seßhaftigkeit. Die nach äußerer Seßhaftigkeit verlangenden innerlichen Stürmer kommen nicht in die fruchtbare Ruhe.

Das sind so Schicksale der Direktoren und Intendanten in der Provinz. Heute müssen nun die Landesverwaltungen in den deutschen Bundesrepubliken und die Stadtverwaltungen gemeinsam für die Unterbilanz ihrer Theater aufkommen. Und hört man, daß ein nicht großes, mäßig berühmtes Hoftheater aus alter Zeit heute vier Millionen Jahreszuschuß braucht, dann zittert man ein wenig, aber man ist nicht allzu sehr verwundert. In den Stadt- und Landesverwaltungen haben alle Parteien diese Summen aus der Staatshaushaltssumme zu bewilligen. Zentrum und Demokraten haben sich in einem besonderen süddeutschen Falle sehr widerspenstig benommen. Dagegen stimmten die sozialistischen Parteien beider Färbungen für das beträchtliche Theateropfer.

Zu allen wirtschaftlichen und kulturellen Schwierigkeiten der Provinztheater kommt noch der politische Druck, der auf den Theatern des besetzten Gebietes lastet. Diese Bühnen nahmen bisher im deutschen Theaterleben einen nicht unbedeutenden Platz ein. Die Kölner Theater, die anderen Bühnen des rheinischen Deutschlands gehörten gerade den freudigsten Freunden der Kunst. Und nun sind sie nicht nur wirtschaftlich geschädigt. Es kommt vor, daß der Theaterdirektor einer besetzten Stadt geräffelt wird, weil seine muntere Liebhaberin einen schwarzen Rock und eine weiße Bluse trägt. Der alliierte Zensor sieht in diesem Schwarzweiß eine Kundgebung für ehemaliges Preußenkönigstum. Er warnt, er befiehlt, er droht. Die Deutschen haben übrigens in Brüssel die gleiche Dummheit begangen und eine Schauspielerin von Ruf mit Haft bedroht, weil das Kleid der Dame den Dreifarbenklang der Trikolore zu verraten schien. Bürgermeister und Direktoren der besetzten Gebiete versammelten sich, um gemeinsam gegen solche Not zu kämpfen. Ihre Arbeit war schwierig, sie wird noch sehr schwierig sein.

Sozialdemokratie und Schule. Die so betitelte bekannte Schrift von Heinrich Schulz, sozusagen unsere Programmschrift zu den Fragen der Volkserziehung, ist jetzt im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in dritter Auflage erschienen. (Preis 3.50 M.) Sie gibt bekanntlich das von Schulz auf dem Mannheimer Parteitag 1906 gehaltene Referat wieder, spricht einleitend über das, was in der Partei nach dem Ausnahmegesetz auf dem Felde des Erziehungswesens gesprochen und getan wurde, und hat jetzt auch parteigeschichtlich eine gute Abrundung erfahren durch Hinzufügung der Mannheimer Leitsätze (unseres zwar nie formell beschlossenen, aber doch stillschweigend anerkannten Schulaktionsprogramms), sowie durch Angaben über die Mannheimer Beratungen zu diesen Sätzen und durch einige Ausblicke auf das Schulprogramm, das wir uns jetzt zu schaffen haben. Die Schrift ist lebendiges Wort durchdachter Sachlichkeit, geschrieben in zusammenfassenden und doch eindringenden Darlegungen, ein Kursus in den Prinzipien der Sozialpädagogik, wie sie für den Sozialismus leitend sein müssen, wenn seine Pearls Hand und Fuß haben soll. Daß sie die Auseinandersetzungen über Umgestaltung und Ausbau des sozialdemokratischen Schulprogramms anregen und fördern wird, darf man ohne weiteres für gewiß halten. Wo fester Grund zum Schreiten gelegt wird, dort fehlen auch die sicheren Schritte nicht. m.

Eine Berufsschule für Porzellanarbeiter wurde in Rudolstadt eingerichtet. Sie soll auch der in großem Umfange in Heimarbeit betriebenen Spielwarenverfertigung künstlerisch nützen. Auch zwei Künstler wirken bereits neben anderen Lehrkräften an der Schule.

Eine Biographie Dostojewskis, verfaßt von der Tochter des Dichters, wird demnächst bei Eugen Rentsch in Erlenbach-Zürich erscheinen. Später wird eine Ausgabe für Deutschland bei Ernst Reinhardt folgen. In dem Vorwort sagt die Verfasserin: „Ich habe mich entschlossen, die Biographie meines Vaters in Europa zu veröffentlichen, die ich früher in Rußland herauszugeben dachte; das um so mehr, als mein ganzes Vermögen in den Händen der Bolschewiken geblieben ist und ich gezwungen bin, selbst meinen Lebensunterhalt zu verdienen."

Felix Mendelssohn, der begabte Cellist, dirigierte im Blüthnersaal das Blüthnerorchester, das sein teilweise in Berlioz'schen Spuren wandelndes recht charakteristisches Vorspiel zu Georg Büchners „Dantons Tod" gut wiedergab. Der Pianist Walter Meißner gab das Konzertstück in f-moll mit Orchesterbegleitung von Weber-Liszt temperamentvoll wieder.

Die Beichhalle der Gesellschaft für ethische Kultur wurde in den verflossenen 25 Jahren von mehr als zwei Millionen Besuchern aufgesucht, und rund 150000 Leihkarten wurden ausgeteilt. Im Jahre 1919 zählte sie 50497 Besucher, und 43315 Bücher wurden verliehen.

Der neuernannte erste Direktor des Germanischen Museums in Nürnberg, Dr. Heinrich Zimmermann, tritt sein Amt am 1. Juli an.

Zwei Dramen von August Stramm werden in der nächsten Spielzeit im Dresdener Schauspielhaus zur Uraufführung kommen.

Die Gründung von Theatergemeinden regt der Direktor des Leipziger Schauspielhauses an. Durch Zeichnung von 125 M. für jeden Platz werden die Gemeinschaftsanteile erworben. Die Anregung entspringt den Finanznöten des Theaters.

Adele Sandrock wird nächstens wieder in den Verband des Deutschen Volkstheaters in Wien eintreten.

Ein archäologisches Forschungsinstitut der Engländer in Jerusalem wird unter der Leitung Rohn Carstangs von der Universität Liverpool errichtet. Es soll den Mittelpunkt für alle archäologischen Forschungen im heiligen Lande bilden und auch der Ausgangspunkt für die Grabungen werden, die in Syrien, Moab und im Sinaigebiet stattfinden. Für die babylonischen Ausgrabungen ist die Gründung eines Zweiginstituts in Bagdad geplant.

„Das Gewerkschaftskartell Flensburg, dem 12 000 organisierte Hand- und Kopfarbeiter angeschlossen sind, protestiert auf das energischste gegen die Ausweisungen der deutschen Arbeiter, die in der ersten Abstimmungszone erfolgen. Das Gewerkschaftskartell erblickt in den Ausweisungen eine einseitige Stellungnahme der dänischen Regierung für das Unternehmertum und erwartet, daß die organisierte Arbeiterschaft Dänemarks, die Gewerkschaften sowohl wie die Sozialdemokratische Partei, die schärfsten Maßnahmen ergreift und gegen die Polizei- und Unternehmerwillkür in dem jetzt Dänemark angegliederten Sønderjylland vorgeht.

Wir appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl und an die Solidarität unserer dänischen Arbeitsgenossen und erwarten ihre Unterstützung.

Desgleichen aber rufen wir die deutsche und auch die dänische Regierung auf, sofort Maßnahmen zu ergreifen, die zur Einstellung der Ausweisungen führen und zugleich Verhandlungen anbahnen, um die Rückkehr der Ausgewiesenen in ihre alten Wohnorte zu ermöglichen."

Hoffentlich haben die beiden Proteste den erhofften Erfolg. Das Abstimmungsergebnis in der ersten Zone Schleswigs rechtfertigt keine Vergewaltigungsmaßnahmen gegen freie Arbeiter. Wir erwarten von Dänemark und nehmen nach seiner politischen und gewerkschaftlichen Vergangenheit als selbstverständlich an, daß dieser Appell genügen wird, um keine neuen Bedrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiter zu erlassen und um begangenes Unrecht wieder gutzumachen.

Waffenschieber.

Die neue Abrüstungsnote der Entente wird auch damit begründet, daß zahlreiche Heereswaffen in Deutschland im Privatbesitz von Leuten sind, die damit jederzeit die öffentliche Ordnung bedrohen können. Diese Anklage ist leider vollkommen zutreffend und so trifft jene Waffenschieber in den Reichswehrstellen, die die Waffen „verwalten", die schwere Schuld, der Entente Vorwände zu neuem Druck auf Deutschland gegeben zu haben.

Dieser Tage erst ist in Hangö, dem finnischen Hafen, das deutsche Schiff „Mercur", mit Waffen und Kriegsgerät beladen und mit deutschen Offizieren bemannt, festgenommen worden.

Und vor kurzem erst sind von Bayern aus einige Waggons voll Kriegsgerät nach Ungarn geschmuggelt worden; dem Fähnrich der bayerischen Reichswehr, der die Sendung begleitete, ist es gelungen, durch eine falsche Angabe des Inhalts der Waggons die deutschösterreichischen Grenzorgane zu täuschen.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion in der Preußischen Landesversammlung, Graef-Frankfurt hat wegen seiner Wahl zum Bürgermeister von Frankfurt das Amt des Fraktionsvorsitzenden und des parlamentarischen Unterstaatssekretärs im Wohlfahrtsministerium niedergelegt. Zu Fraktionsvorsitzenden wurden die Abg. Hauschild-Kassel und Siering-Berlin gewählt. Als Unterstaatssekretär im Wohlfahrtsministerium wird die Fraktion den früheren preußischen Ministerpräsidenten Hirsch in Vorschlag bringen. Sie wünscht dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß der Wechsel im Ministerpräsidium aus rein politischen Gründen vorgenommen worden ist, daß aber Hirsch ihr Vertrauen auch weiterhin genießt.

Die Ermordung des Inspektors Blau.

Nach Eröffnung der Sitzung teilte Staatsanwalt Dr. Ortmann zunächst das Ergebnis seiner Schritte zur Ermittlung des nichterschienenen Zeugen Schreiber mit. Danach hat er sich gestern telegraphisch an die Münchener Polizeidirektion gewandt und von dort die telegraphische Antwort erhalten, daß der Aufenthalt des Mechanikers Walter Schreiber, der seinerzeit nach Lindau abgeschoben worden sei, nicht bekannt sei. Der Staatsanwalt hat auch in Lindau telegraphisch angefragt, ebenso bei dem Generalkonsulat und der Polizeidirektion in Zürich, ohne Erfolg zu erzielen. Es soll nun noch auf Anregung des Rechtsanwalts Dr. Weinberg bei der antibolschewistischen Liga (Herr v. Salderberg) angefragt werden.

Es wird dann die Vernehmung des gestern schon zur Hälfte vernommenen Angeklagten Hoppe fortgesetzt. — Vors.: Ich möchte noch einen Punkt berühren. Haben Sie sich auch

mit hypnotischen Fragen beschäftigt?

Angekl.: Jawohl. — Auf Aufforderung des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß er das erste Mal auf die Sache hingelenkt worden sei durch einen Vortrag, der von einem Jugendfreund in einem Verein gehalten worden sei. Darin war gesagt worden, daß die Hypnose erzieherisch verwendet werden könne. Nach dem Vortrage sei der Vortragende zu praktischen Versuchen übergegangen, die er an 10 Jugendlichen vornahm. Er selbst sei als Erster sofort eingeschlafen, nachdem er nach Anordnung fest auf ein Holz gesehen habe. Der Angeklagte erzählt dann mehrere Einzelfälle, in denen er in Hypnose versetzt worden sei. In einem Falle habe er in hypnotischem Zustande Freiübungen machen müssen, in einem anderen Falle nach drei Tagen bestimmte Fragen an einen Freund richten müssen. Auch als er in Leipzig im Lazarett gelegen, sei er mehrmals hypnotisiert worden. Ein anderes Mal habe er in der Hypnose die Rolle des Ministerpräsidenten Scheidemann gespielt und eine Parlamentsrede gehalten.

Im Anschluß hieran stellen die Sachverständigen Dr. Kronfeld, Gefängnisarzt Dr. Hirsch und Sanitätsrat Dr. Lehnsen eine ganze Reihe von Fragen, die sich auf die Handlungen des Angeklagten in hypnotischem Zustande, die von ihm behauptete

Gedankenübertragung durch andere

usw. beziehen. — Staatsanw. Dr. Ortmann: Will der Angeklagte behaupten, daß er im vorliegenden Falle hypnotisiert worden sei oder sich im Schlafzustande befunden habe? Angekl.: Nein. — R.-A. Dr. Weinberg: Ein Beweis nach dieser Richtung hin ist auch gar nicht angetreten. Die ganze Sache von dem Hypnotismus ist nur auf eine Anregung seiner Verwandten zur Sprache gebracht worden. — Sachverst. Dr. Hirsch: Der Angeklagte ist während der Zeit seines Lazarettaufenthalts wegen Ueberschreitung des Urlaubs bestraft worden. Hat er in dem Strafverfahren jemals behauptet, daß sein Vergehen auf die Einwirkung eines Dritten zurückzuführen sei? — Angekl.: Nein.

Bei der Wiederholung der gestern schon erörterten Vorgänge bis zur Ueberführung des Blau nach der Wohnung des Winkler bringt der Angeklagte Hoppe u. a. zur Sprache, daß Mendelsohn, der sich Oberst nannte, ein Mann von mongolischem Typus mit stechendem Blick gewesen sei, vor dem er sich immer gefürchtet habe. Ferner sei auch ein „kleiner Ausländer" und ein großer Mann in braunem Anzuge, der „Georg" genannt wurde, nach der Polischen Wohnung gekommen. Blau habe sich sehr wohl gefühlt und ihm erzählt, daß er für die „Antibolschewistische Liga" in München die Kommunisten bespitzeln sollte. Er habe die Liga jedoch betrogen und den Kommunisten als

Spitzel gegen die Liga

gedient. Deshalb sei er auch von der Regierung verhaftet worden. Auf eine Frage des Vorsitzenden, welchen Zweck denn das Gefangenhalten des Blau gehabt habe, erklärt Hoppe, daß er damals an eine Tötungsabsicht überhaupt nicht gedacht habe. Nach seiner Meinung sollte Blau als Spitzel zwangsweise photographiert werden. — R.-A. Dr. Siegfr. Weinberg weist darauf hin, daß es schon früher bei der Sozialdemokratischen Partei, aus der die K. P. D. hervorgegangen sei, üblich gewesen sei, Polizeispitzel so lange festzuhalten, bis sie photographiert worden waren, um dann mit Hilfe der Photographie die Genossen warnen zu können. Ich beantrage hierüber den ehemaligen Polizeipräsidenten Eugen Ernst zu vernehmen, der früher

Spezialist für Spitzelphotographie

gewesen war. — Hoppe erzählt dann weiter, er habe Oberst in blindem Gehorsam gefolgt und Blau auch eventuell acht Tage lang bewacht.

Staatsanw.: Weshalb hat denn der Angeklagte nicht seine eigene Wohnung zur Gefangenhaltung des Blau zur Verfügung gestellt und hat Winklers Wohnung hierzu ausgewählt. — Angekl.: Meine Eltern hätten ihre Wohnung unter keinen Umständen dazu hergegeben. — Aus weiteren Vorhalten des Staatsanwalts geht hervor, daß dieser es auffällig findet, daß der Angeklagte, der ja behauptet, er habe es für seine Pflicht gehalten, nach den Anweisungen von Acosta und Lauschner selbst zu bewachen, aus der Polischen Wohnung fortgegangen sei, um Winkler zur Hergabe seiner Wohnung zu bewegen. Der Angeklagte sucht dies aufzuklären. Bezüglich der Uebersiedlung in die Winklersche Wohnung gibt der Angeklagte folgendes an: Winkler sei sein bester Freund. Als er zu ihm gekommen, habe er ihm gesagt, er möchte die Wohnung zu einer Sitzung haben; Winkler möchte sich entfernen und zu seinen Eltern oder sonst wohin gehen. Winkler sei sofort bereit gewesen und habe die Wohnung verlassen. Er habe Winkler gegenüber nicht von Blau gesprochen oder ihm gesagt, daß in der Wohnung etwas Unrechtes passieren sollte. — Der Vorsitzende hält es immerhin für etwas merkwürdig, daß Winkler, der damals an heftigen Zahnschmerzen litt, ohne weiteres sofort aus der Wohnung sich entfernt habe. — Der Angeklagte sucht dies mit dem

Pflichtgefühl des Winkler,

der ja doch sein bester Freund sei, zu erklären.

Auf weiteren Vorhalt des Staatsanwalts und des Vorsitzenden bekundet der Angeklagte: er habe den Winkler aus dem Grunde aus der Wohnung geschickt, damit Blau ihn nicht als Mitglied der Kommunistischen Partei erkennen könne. Ihm wird entgegengehalten, daß dies doch zwecklos gewesen sein würde, wenn Blau, der ja doch nicht mit verbundenen Augen zu Winkler gebracht worden sei, ohne Schwierigkeiten sich hätte merken können, um wessen Wohnung es sich handelte. Auf den Hinweis, daß der Angeklagte die ganze Sache doch wohl nicht so harmlos habe auffassen können, wie er es darstelle, da ja doch mindestens Freiheitsberaubung in Frage stand, wirft R.-A. Dr. Weinberg dazwischen: der Angeklagte habe die Sache vielleicht als „Schutzhaft" angesehen, wie solche ja so oft unter dem Regime Noske verfügt worden sei.

Als in der weiteren Vernehmung des Hoppe die Vermutung auftauchte, der angebliche Stolz sei in Wirklichkeit der bekannte Kommunistenführer Dr. Levi, erklärt der Angeklagte, daß diese Vermutung völlig aus der Luft gegriffen sei. Nach Bekanntwerden der Ermordung Blaus habe sich im Gegenteil die Zentralleitung der K. P. D. sehr abfällig über diese Tat geäußert. Der Angeklagte schildert sodann

Einzelheiten unmittelbar vor dem Mord:

selbst. Nachdem man Blau unter dem Vorhaben, es handle sich um ein „neues Geschäft", in die Wohnung des Winkler gelockt hatte, erschienen drei Männer, die sehr brutal und gewöhnlich ausgesehen, insbesondere habe der größte von ihnen ein direkt widerliches Gesicht gehabt. Es seien dies ein gewisser Franz, ein Feldgrauer und ein dritter gewesen. „Franz" schimpfte mit gemeinen Worten auf den „Spitzel Blau" und sagte, dieser habe sein sauberes Handwerk die längste Zeit betrieben. „Das A—s muß weg, das Biest haben wir lange genug verfolgt" u. a. Bei diesen Worten holte „Franz" die Flasche Morphium und einen Strick hervor. „Ich versuchte" — so fährt Angeklagter Hoppe fort — „die drei von ihrer Absicht abzubringen und erklärte, daß ich von Blau schon sehr viel wertvolles Material erhalten habe. Die Leute lehnten in heftiger Weise ab, schimpften mich „Feigling" und einer zog sogar in drohender Haltung seinen Revolver. Ich sagte darauf: „Wenn Ihr es doch tun wollt, so tut es aber nicht in der Wohnung meines Freundes Winkler, sondern sonstwo!" Ich mußte schließlich die Wohnung verlassen, da die Haltung der drei immer drohender wurde.

(Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

Groß-Berlin

Magistrat und „Landwirte in Pommern".

Gegen die Lebensmittelteuerung.

Vor einigen Tagen erschien an den Berliner Anschlagsäulen ein anonymes Plakat, in dem „pommersche Landwirte" den Versuch unternahmen, der Zwangswirtschaft die Schuld an der Teuerung zuzuschieben. „Das ganze Machwerk stellt eine grobe Irreführung und Verhetzung der Bevölkerung dar. Es ist daher zu begrüßen, daß der Magistrat sich endlich gegen diese Treibereien wendet und seinerseits die Verhältnisse klarstellt. In einem Plakat, das heute morgen an den Anschlagsäulen Berlins erschien, und das sofort die Aufmerksamkeit der Bevölkerung erregte, wendet er sich scharf gegen die schon erwähnten pommerschen Landwirte.

Der Magistrat behauptet, daß die Zwangswirtschaft uns

vor dem Verhungern gerettet

hat und begründet die Beschlagnahme des gesamten Brotgetreides im Winter 1914/15, indem er eine Denkschrift der damaligen Regierung an den Reichstag heranzieht und daraus den Satz zitiert, daß „es trotz Belehrung, Kontrolle und auch Strafen schlechterdings nicht zu verhindern gewesen ist, daß namentlich kleinere Landwirte Brotgetreide an das Vieh verfütterten, solange sie noch über Getreidevorräte verfügen." Ohne die Brotkarte hätten nur jene Leute Brot gehabt, die die stärksten Ellbogen und das größte Portemonnaie ihr eigen nennen. „Auch heute noch," so heißt es in dem Plakat wörtlich, „ist die Zwangswirtschaft überall dort unentbehrlich, wo die Ware zu knapp ist, um das Bedürfnis zu decken. Ihre Auswüchse müssen natürlich bekämpft und beseitigt werden; wo genug Ware vorhanden ist, kann sie abgebaut werden." Dieser Ansicht können wir uns ohne Bedenken anschließen.

Der Magistrat beantwortet dann die Frage der pommerschen Landwirte nach der Differenz von 70 Mark, die angeblich zwischen dem Getreide- und Brotpreis besteht. Wir müssen Auslandsgetreide zu teuren Preisen einkaufen, weil unsere

Landwirte Brotgetreide heimlich verkaufen und verfüttern,

anstatt es pflichtgemäß abzuliefern. Wenn wir das teure Auslandsgetreide nicht kaufen müßten, so würde unser Brot heute statt 4,50 Mark nur 2,70 Mark kosten. Bei ihrer Fragestellung scheinen die „Landwirte in Pommern" aber auch ganz vergessen zu haben, daß das Getreide von der Scheune bis auf den Tisch des Verbrauchers einen sehr langen Weg zu durchlaufen hat, daß es ausgemahlen, das Mehl transportiert und gelagert und das Brot schließlich gebacken werden muß. Die Kosten für den Produktionsprozeß sind natürlich im Laufe der Zeit auch erheblich gestiegen. Was hier von dem ausländischen Getreide gesagt wird, gilt auch für Butter, Milch und andere Dinge, die im Inlande zu wenig produziert und daher vom Auslande eingeführt werden müssen.

Das Plakat der Landwirte behauptet, der Landwirt erhalte für den Zentner Hafer 20 Mark, während der Städter 300 Mark für den Zentner Haferflocken bezahlen müsse. Diese Angabe ist

vollkommen irreführend

und zeigt nur, wenn man ihr auf den Grund geht, zu welchen Folgen die Lockerung der Zwangswirtschaft für lebensnotwendige Produkte führt. Der von den Landwirten angeführte Preis von 20 Mark bezieht sich auf den beschlagnahmten Hafer. Die daraus mit großen Kosten hergestellten Präparate bezahlt der Städter mit 140 Mark. Der teure Preis, den das Plakat der Landwirte angibt, bezieht sich aber auf jene Haferpräparate, die aus dem Hafer gewonnen werden, der den Landwirten zur freien Verwendung überlassen ist. Also

die Lockerung der Zwangswirtschaft verursacht den teuren Preis.

Nachdem der Magistrat noch betont, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte keineswegs unzulänglich sind und die Verteuerung der Produkte nicht den Wuchergewinn überflüssiger Kriegsorganisationen darstellt, schließt er: „... die Verbraucher müssen daran festhalten, daß auf eine behördliche Erfassung und Verteilung bei unentbehrlichen Lebensmitteln erst dann verzichtet werden kann, wenn genug von ihnen vorhanden sind, um das Bedürfnis eines jeden befriedigen zu können, und daß auch eine behördliche Preisfestsetzung erst dann entbehrlich ist, wenn die Nachfrage nicht mehr das Angebot übersteigt, so daß die Verbraucher dann nicht mehr der Willkür der Produzenten ausgeliefert sind."

Willkommen in der Heimat!

Berlins Begrüßungsfeier für die Kriegsgefangenen.

Zu Ehren der heimgekehrten Kriegsgefangenen veranstaltete die Berliner „Kriegsgefangenenheimkehr" gestern in der Philharmonie einen Festabend. Die Beteiligung war sehr stark. Reichsbehörden und die Stadt Berlin hatten Vertreter entsandt; auch Fritjof Nansen war unter den Gästen.

Im Namen der Berliner „Kriegsgefangenenheimkehr" bewillkommnete ihr Vorsitzender Dr. Kundt die Heimkehrer. Dann sprach als Vertreter der Reichsregierung unser Genosse Stücklen, Vorsitzender der Reichszentralstelle für die Kriegs- und Zivilgefangenen. Er überbrachte die Willkommengrüße des Reichspräsidenten und der Reichsregierung und gedachte des langen und mühevollen Kampfes um die Befreiung der Kriegsgefangenen, den die Regierung hat führen müssen. Für die noch in Sibirien schmachtenden Gefangenen konnte er in Aussicht stellen, daß bald auch ihnen die Heimkehr beschieden sein wird. (Lebhafter Beifall.) Die Stadt Berlin entbot den Heimgekehrten ihren Gruß durch Magistratsrat Collatz. Danach folgten ein paar im Programm nicht vorgesehene Ansprachen, die eine „politische Note" in die Veranstaltung hineintragen zu sollen schienen. Oberst Bauer aus dem Kriegsministerium nahm das Wort, um Stücklens Ausführungen über die zu erwartende Heimkehr der Gefangenen aus Sibirien zu unterstreichen. Daß er die Festteilnehmer als „Angehörige der alten glorreichen Armee" begrüßte, fand Beifall, erregte aber auch merkliches Befremden. Ein Heimkehrer, der den Veranstaltern des Festes einige Dankesworte widmete, fühlte sich durch das Beispiel des Obersten angeregt, von „Segnungen der alten Regierung" zu reden. Vereinzelter Beifall ging unter in starkem Widerspruch, und der wunderliche Redner schloß dann, plötzlich auf die andere Seite fallend, mit dem Ruf: „Heil dem neuen freien Deutschland!" Die Abschweifung in Politische wurde von Dr. Kundt gerügt.

Ein auserlesenes Programm künstlerischer Darbietungen umrahmte die Ansprachen und Reden. Verdienten Beifall erntete das Philharmonische Orchester, ebenso die Mitwirkenden Lilian von Granfelt und Josef Mann (Arien und Duett), Kurt Vogel (Violine), Hermann Boettcher (Rezitation) und das Kinderballett der Charlottenburger Oper.

Wer verteuert das Obst?

Von einem Leser unseres Blattes wird uns mitgeteilt:

Eigenartige Zustände scheinen sich auf dem Obstmarkt zu entwickeln. Am 23. Juni vormittags habe ich auf dem Schlesischen Güterbahnhof folgendes beobachtet: In Waggons kommen dort Kirschen an. Händler kaufen diese mit vierzig Pfennig das Pfund auf und verkaufen dieselben mit 1,— und 1,20 M., wie sie auf ihren Wagenschildern ausschreiben, weiter. Allerdings sind diese Kirschen keine Qualitätsware und werden fast ausschließlich in Arbeitervierteln gehandelt. Um etwas Abwechselung in das ewige Einerlei des trockenen Brotes und der trockenen Kartoffel zu bringen, kauft natürlich der Arbeiter diese Ware und ist immer in dem Glauben, daß nicht der Händler, sondern der Produzent schuld an den hohen Preisen ist. Um Zwischenfälle oder Lebensmittelkrawalle wie in Süddeutschland und Westdeutschland zu verhindern, wird es Zeit sein, die Machenschaften der Obst- und Gemüsehändler in Berlin zu überwachen und Bewucherung des kaufenden Publikums unmöglich zu machen.

Aehnliches wurde uns bereits von verschiedenen Seiten mitgeteilt. Wir können uns daher nur der Warnung unseres Gewährsmannes unter Hinweis auf die Lebensmittelkrawalle im Reiche anschließen und fordern mit ihm, daß die zuständigen Behörden alles tun, um derartige unliebsame Vorfälle zu verhüten.

Wohnungsfürsorge für Flüchtlinge. Der Minister für Volkswohlfahrt hat auf Grund des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 11. Mai 1920 angeordnet, daß Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten, die aus nachweislich dringenden Gründen des Berufs in eine Gemeinde zuziehen, gegenüber den Einheimischen bei der Beschaffung einer Unterkunft bevorzugt zu berücksichtigen sind. Den Kommunalaufsichtsbehörden ist zur Pflicht gemacht, nachdrücklich für die Durchführung dieser Anordnung Sorge zu tragen.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

„Pommerns Riviera, die Seebäder auf Wollin und Usedom", lautet das Thema des Vortrages mit Lichtbildern, den Herr Leuz-Spitta am Sonnabend 7 Uhr im großen Hörsal der Treptow-Sternwarte hält. Sonntag 3 Uhr: „Durch den Schwarzwald ins Donautal", 5 Uhr: „Polarjagden" (Seelöwen, Renntiere und Elche), 7 Uhr: „Eine Reise zum Südpol" und „Ein Blick ins Weltall". Montag, 7 Uhr: „Das Einsteinsche Relativitätsprinzip und seine astronomische Bestätigung". (Vortrag mit Lichtbildern von Dir. Dr. Archenhold). Dienstag, 7 Uhr: „Die Sternbilder und praktische Anleitung zu ihrer Auffindung". (Vortrag mit Lichtbildern von Dir. Dr. Archenhold). Sonnabend, den 3. Juli 5 Uhr: „Berner Oberland", 7½ Uhr: „Wie unser Auge getäuscht wird". (Vortrag mit Lichtbildern von Herrn Karl Gentil).

Oberschlesier, der Ortsgruppe 8 zugehörig, werden gebeten, ihre Geburts- bezw. Heiratsurkunden in der Geschäftsstelle: Wilhelmstr. 21, abzugeben. Daselbst wird auch Auskunft allen Abstimmungsberechtigten erteilt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Schöneberg. Bis 29. Voranmeldung 125 Gramm Gerstengraupen oder Gerstengrütze oder Gerstenflocken (31), 30 Gramm Soßeipulver (Eiweiß und Eigelb (35), 250 Gramm Marmelade (36).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Berlin!

Freitag, den 23. Juli, abends 6 Uhr, Generalversammlung in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Aussprache. 3. Wahlen. 4. Stellungnahme zur neuen Organisation und zum Organisationsstatut. Pünktlich entreten.

Morgen, 26. Juni:

Niederschönhausen. 7½ Uhr, Restaurant Koch, Treskowstr. 13: Wichtige Funktionärversammlung.

Treptow-Baumschulenweg. Die Gemeindevertretung behandelte am 22. Juni in einer siebenstündigen Sitzung eine umfangreiche Tagesordnung. Der Bericht über die Lebensmittelversorgung brachte eine lebhafte Aussprache, die aber selbst bei den Gegnern der Zwangswirtschaft in einer Anerkennung der Geschäftsführung ausklang. Die Geschäftsjahre 1918/19 mit 9 Millionen und 1919/20 mit rund 15 Millionen Mark Umsatz ergeben einen solchen Ueberschuß, mit dem es möglich sein dürfte, einem Ausfall bei etwa eintretendem Preissturz der natürlich erheblichen Lebensmittelbestände zu begegnen. Finanziell etwas weniger günstig schneidet die noch junge gemeindliche Kleidervertriebsstelle ab, deren preisregulierender Einfluß aber ebenfalls feststeht. Ihr Erträgnis hängt von der Verwertung der (am 1. April) vorhandenen 13 Millionen Mark Warenbestände ab, auf deren Verringerung hingearbeitet werden soll. Der Vertrieb, der bisher auf Gemeindeangehörige beschränkt war, soll nunmehr dem ganzen Verwaltungsbezirk 15 zugängig gemacht werden. Hart stießen die Gemüter bei der von unseren Genossen im Verein mit der unabhängigen Fraktion erzwungenen Besprechung des Einstellungsrechts von Personal zusammen. Auf entschiedenes Drängen unserer Fraktion hat der Bürgermeister dieses ihm nach dem papiernen Recht bis zum 1. Oktober d. J. noch persönlich zustehende Recht schon vor längerer Zeit dem kollegialen Gemeindevorstand zugestanden. Der Durchsetzung dieses Willens wird aber von einzelnen Beamten immer wieder passiver Widerstand entgegengesetzt. Mußte doch jetzt wieder festgestellt werden, daß, entgegen dem Beschluß des Gemeindevorstandes, der zunächst Auslese unter den brauchbaren Hilfskräften und Einheimischen halten wollte, mehrere auswärtige Beamtenanwärter einberufen worden sind, während zum andern die Verwandte eines Beamten als „Einheimische“ eingestellt ist, obgleich sie heute noch außerhalb des Ortes wohnt und für andere Bewerber immer „kein Bedarf“ ist. Der verantwortliche Bureaudirektor will den Beschluß „eben so“ (wie er ihn mag) aufgefaßt und von letzteren Tatsachen nichts gewußt haben. Der Gemeindevorsteher sagte Untersuchung zu, nachdem unsere und die unabhängigen Gemeindevertreter ihrer Meinung über diese Ausflüsse undemokratischen Geistes ziemlich unverblümt Ausdruck gegeben hatten. Der Beigeordnete Dr. Riese, der zum kommissarischen Landrat in Schweinitz ernannt worden ist, wurde beurlaubt, über seine Vertretung soll Vorlage erfolgen. Der Milchteuerungszuschuß wird für das nächste Vierteljahr wie bisher mit 1 M. pro Liter festgesetzt, doch sollen die schärferen Berliner Grundsätze über die Bedürftigkeitsprüfung Anwendung finden. An Notwohnungen sind bisher in Treptow rund 100 geschaffen worden. Von den errichteten Baracken kosten die ersten mit 11 bzw. 8 Wohnungen 143 000 bzw. 140 000 M., die zwei jetzt im Ausbau befindlichen voraussichtlich zusammen 615 000 M. Außerdem sind vier Kleinhäuser mit 24 Wohnungen in der Vollendung. Für die Zukunft wird in Aussicht genommen, statt Baracken lieber Massivbauten zu errichten.

Reinickendorf. Eine Wohlfahrts-Wanderausstellung des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hat sich im Saale des „Seebades“ aufgetan. Sie zeigt die verheerenden Wirkungen der Volkskrankheiten (Tuberkulose, Alkoholismus, Säuglingssterblichkeit usw.), gibt Einblick in das soziale Elend großstädtischer Wohnungsnöte, zeigt die Aufgaben der Jugendpflege u. dgl. mehr. An den Vormittagen werden die Oberklassen der Volksschulen, höhere Schulen, Fortbildungsschulen usw. unter Führung der Lehrer in der Ausstellung durch den Leiter sachgemäß belehrt. Nachmittags von 5—7 Uhr ist jedem Erwachsenen der Zutritt kostenfrei gestattet. Nach Bedarf finden auch zwischen 5—7 Uhr Führungsvorträge statt.

Ergötzliches aus dem Blumberger Gemeindeparlament. Vor kurzem fand in Blumberg (Bez. Potsdam) eine Gemeindevertretersitzung statt. Unter anderem stellte einer unserer Genossen an den Schöffen August Ebel (Dt. Vp.) die Anfrage, wie es käme, daß er den landwirtschaftlichen Arbeiter Theodor Dietrich habe exmittieren lassen und nicht das hier bestehende Mieteinigungsamt angerufen. Schöffe Ebel erklärte, daß er als Arbeitgeber einem Arbeiter gegenüber, der bei ihm freie Wohnung bekäme, das Recht der unfreiwilligen Heraussetzung habe, da ja die Wohnung einen Teil des Arbeitslohnes ausmache. Dadurch war die Sache scheinbar erledigt. Darauf gab der Gemeindevorsteher Zuert (Dnat.) folgende Erklärung ab, daß er den Arbeiter Dietrich (Familie von 7 Köpfen) in die Notwohnung im Gemeindehause habe unterbringen müssen. Und dabei schwimmen die hiesigen Besitzer im Zimmerüberfluß! Nun erklärte der frühere Amtsvorsteher von Blumberg, Wilhelm Grün, daß der Gemeindevorsteher eine solche exmittierte Familie in jedem leeren Raume evtl. im Spritzenhaus oder gar in einem Stall unterbringen könne. Von einem unserer Genossen wurde treffend geantwortet, daß also 1½ Jahr nach der Revolution die Menschen dem Vieh gleichgestellt wären.

Blumberger Arbeiter, seht Ihr nun, wohin der Kurs geht? Und wie haben viele von Euch am 6. Juni gewählt? Deutsche Volkspartei! Des Schöffen Ebel Partei! Und sogar noch Deutschnational! Die Partei des früheren „Zaren“ von Blumberg! Das ist die Quittung Eures Wahlzettels!

Wirtschaft

Produktionsbeschränkung der oberschlesischen Industrie durch Zementmangel.

Die oberschlesische Montanindustrie leidet noch wie vor unter einem empfindlichen Mangel an Zement, so daß unter den gegebenen Verhältnissen wichtige Betriebsbauten unterbrochen oder ganz aufgegeben werden müssen. Trotz fortgesetzter Eingaben an die Zementverkaufsstellen ist eine ausreichende und rechtzeitige Belieferung nicht zu erreichen. Um so auffallender ist es, daß nach einer Meldung der „Telegraphen-Union“ angeblich polnischer Zement unter der Hand zu Phantasiepreisen von 300 bis 400 M. pro Tonne angeboten wird, und zwar franko Schiffreedereilager transit Oppeln. So wird der Zementhunger der oberschlesischen Industrie rücksichtslos ausgebeutet, und es entsteht die Frage an die verantwortlichen deutschen Regierungsstellen, auf welche Weise der polnische Zement nach Oppeln kommt. Es könnte zwar von Polen Zement im Austausch gegen Kohle auf rechtmäßigem Wege erlangt werden, doch müßte diese Kohle über das von der Ententekommission den Polen zugesicherte und in letzter Zeit erheblich erhöhte Kontingent hinaus geliefert werden.

Wie die Entente die oberschlesische Kohle verteilt!

Nachdem die Interalliierte Kommission in Oppeln die oberschlesischen Kohlenlieferungen an Polen erst vor einigen Tagen von 250 000 auf 400 000 Tonnen monatlich erhöht hatte, hat sie bereits wieder erheblich über die oberschlesische Kohle verfügt, und zwar erhält Ungarn im Austausch gegen Lebensmittel 30 000 Tonnen Gaskohle monatlich. Die erforderlichen Eisenbahnwagen zum Transport werden von Ungarn gestellt. In Koseler Oderhafen erfolgt ferner der Umschlag von schwedischen Eisenerzen für das Witkowitzer Eisenwerk und von 100 Tonnen Kohle im Tag für Schweden, da das Witkowitzer Eisenwerk mit Schweden einen Eisenerz- und Kohlenaustauschvertrag abgeschlossen hat.

Aus Oberschlesien wird der Deutschen Bergwerks-Zeitung geschrieben: Wir stehen hier auf vulkanischem Boden, und in der Tat ist die Aufregung in der Bevölkerung sehr groß. Sehr unangenehm wirken die Betriebsräte. Zu all den Sorgen und dem Aerger, den man hat, treten nun noch die Belästigungen dieser Körperschaften, die nur dazu da zu sein scheinen, um die Kohlenförderung noch mehr zu reduzieren und die Ausgaben zu erhöhen. Den Schaden wird wieder das Deutsche Reich zu tragen haben; denn nachdem die Kohlenverteilung durch die Entente in dem Sinne geordnet worden ist, daß erst alle anderen Staaten zu beliefern sind und nur der Rest für Deutschland bleibt, vermindert jeder Rückgang der Förderung die nach Deutschland abzuführenden Mengen. Zum Ueberflusse ist nun die Verfügung gekommen, daß wir nach Polen, das übrigens seine Lieferungen nicht prompt zu bezahlen beliebt, statt 300 000 Tonnen jetzt 450 000 Tonnen im Monat liefern müssen. Diese Mengen erscheinen an sich für oberschlesische Verhältnisse nicht bedeutend; da aber die Versendung von Kohlen per Hauptbahn in Oberschlesien monatlich nur 1,8 Mill. Tonnen beträgt und bestimmte Mengen immer in erster Linie an die Entente abzuliefern sind, verliert eben Deutschland noch 150 000 Tonnen. Das ist das Quantum, das heute auf der Oder verfrachtet wird. Die Eisenbahn stellt Wagen in Hülle und Fülle, und wir könnten ein gutes Geschäft machen, und vor allen Dingen die Kohlennot in Deutschland stillen, wenn nicht wieder dieser entsetzliche Eingriff der Entente gekommen wäre. Man steht möglicherweise vor einer großen Katastrophe.

Siedlung entlassener Soldaten. Es wird uns geschrieben: In großzügiger Weise wird der Siedlungsvorschlag des preußischen Landwirtschaftsministeriums an die zur Auflösung kommenden Freikorps durch Siedlung auf Staatsländern, den zwangsweise Entlassenen eine Heimstätte und sichere Zukunft zu schaffen, im Lockstedter Lager in Holstein in die Tat umgesetzt. Seit nahezu einem Monat schon ist hier das ehemalige 3. Kurländische Infanterieregiment als Siedlungsgemeinschaft Kiewitz auf genossenschaftlicher Grundlage organisiert und eifrig am Werk. Als Siedlungsland hat das Landwirtschaftsministerium das Lockstedter Lager nebst Truppenübungsplatz und die staatlichen Torfmoore bei Itzehoe und Rendsburg zur Verfügung gestellt.

Andererseits wird aus Siedlerkreisen lebhafte Klage geführt, daß die Freigabe der Remontedepots für Siedlungszwecke keine Fortschritte macht. Das Wehrministerium und seine Bureaukratie scheint hier sehr erhebliche Schwierigkeiten zu machen. Hoffentlich gelingt es schnellstens, diese Widerstände zu beseitigen, da viele Siedlungsgenossenschaften an der Freigabe dieser Flächen interessiert sind.

Die Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, die für den 2.—7. September d. J. in Nürnberg geplant war, muß wegen bedrohlicher Zunahme der Maul- und Klauenseuche in Süddeutschland ausfallen.

Zusammenschluß in der thüringischen Möbelindustrie. Die Möbelindustrien von Neustadt, Pößneck und Umgebung, welche wegen Auftragmangels vor der Schließung ihrer Betriebe stehen, schlossen sich zur Erlangung von Auslandsaufträgen und zur Uebernahme von Arbeiten im Wiederaufbaugebiet in Frankreich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen.

140 000 Einladungen an ausländische Firmen hat das Meßamt in Leipzig zur diesjährigen Leipziger Herbstmesse versandt. Die Einladungen gingen außer an alle europäischen Staaten auch nach dem fernsten Osten und nach Amerika. Mit den süd- und mittelamerikanischen Staaten sind in weitestem Umfange die Beziehungen wieder aufgenommen worden, nach China, Japan und Niederländisch-Indien, selbst nach Abessinien sind die Aufforderungen zum Besuch der Messe ergangen.

Deutsch-französischer Geschäftsverkehr. Die von der Schweiz nach Paris gereisten Deutschen, die Pässe zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten erhielten, berichten übereinstimmend, daß ihre Behandlung von Seiten der französischen Behörden nichts zu wünschen übrig ließ und auch die von ihnen aufgesuchten Firmen sich durchaus korrekt benommen haben. Zu bemerken war fast durchweg in der französischen Handelswelt ein starker Zug zur Wiederanknüpfung alter Handelsbeziehungen zu Deutschland, unter Ausschaltung des bisherigen, meist schweizerischen Zwischenhandels.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Buchdrucker.

Nürnberg, 23. Juni.

Bei der Abstimmung über die Anträge den „Korrespondent“ betreffend wird ein Antrag, der Redaktion ein Mißtrauensvotum zu erteilen, abgelehnt, ebenso ein Antrag, die Redaktion unter die Zensur des Zentralvorstandes zu stellen. Der Abonnementspreis wird ab 1. Oktober auf 1.50 M. erhöht, ebenso werden die Insertionspreise erhöht. Die Verlegung des Redaktionssitzes nach Berlin soll erfolgen, wenn die derzeitigen Schwierigkeiten behoben sind. Zum nächsten Punkt „Der Internationale Buchdruckerkongreß und unser Verhältnis zum Internationalen Buchdruckersekretariat bzw. zu den gegenseitigen Verbänden“ wird folgende Resolution der Redaktionskommission angenommen:

„Die G.-V. des Verbandes d. D. B., an welcher auch Vertreter ausländischer Bruderorganisationen teilnehmen, entbietet der organisierten Arbeiterschaft der ganzen Welt brüderliche Grüße. Sie erklärt, daß nur durch einmütiges Zusammenarbeiten der internationalen organisierten Arbeiterschaft die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus erfolgen und dauernd erhalten werden kann. Sie erklärt sich frei von jeder nationalistischen Voreingenommenheit und reicht den Bruderorganisationen der ganzen Welt die Hand zur Wiederaufrichtung der internationalen Beziehungen. Mit Entrüstung hat die Generalversammlung aus den Berichten der Tagespresse über die Ungarische Nationalversammlung von der Schandwirtschaft in Ungarn Kenntnis genommen und spricht den ungarischen Brüdern ihre besondere Sympathie aus. Sie erblickt in dem Kampfe der ungarischen Arbeiterschaft um ihre Existenz auch ihren Kampf und ist bereit, zu ihrem Teil das ihr mögliche dazu beizutragen, daß der internationale Boykott gegen das jetzige Ungarn in voller Schärfe zur Durchführung gebracht wird.“

Eine Resolution Böttcher-Leipzig, die in ihrem ersten Teile in Sowjetrußland das wirksamste Instrument zur Schwächung der internationalen Gegenrevolution erblickt und den Kampf für die Sowjetrepublik zu führen gelobt, in ihrem zweiten Teile ebenfalls scharf gegen die ungarische Schandwirtschaft Stellung nimmt, wird abgelehnt.

Ueber Punkt 8 „Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker“ hält Dreßler-Leipzig ein kurzes Referat, dem eine teilweise lebhafte Diskussion folgt. Beschlußfassungen erfolgen nicht, da die zu dem Punkt vorliegenden Anträge im Laufe der Verhandlungen zurückgezogen werden.

Punkt 9 „Der Zusammenschluß der graphischen Organisationen“ gibt ebenfalls Anlaß zu einer stellenweise lebhaften Diskussion, nachdem Vorstandsmitglied Schweinitz einen kurzen Ueberblick über die bisherige Tätigkeit des Graphischen Bundes und die Stellung des Vorstandes zu den vorliegenden Anträgen gegeben hat. Gegen eine Minderheit wird eine Resolution Ebel-Berlin angenommen, die in den bereits unternommenen Schritten die erste Etappe zum Zusammenschluß aller graphischen Organisationen erblickt, die bereits vereinbarten Satzungen des Graphischen Bundes und des Graphischen Kartells anerkennt und den Vorstand beauftragt, die für den organisatorischen Zusammenschluß der graphischen Arbeiter notwendigen Vorbedingungen zu schaffen. Damit sind alle anderen Anträge erledigt.

Sodann erfolgt die Erstattung der Berichte durch die vorige Woche eingesetzten Kommissionen zur Bearbeitung der „Statutenänderungs-Anträge. Als erste berichtet die „ideelle“ Kommission, der die zur Frage der Neuorientierung vorliegenden Anträge überwiesen worden sind.

Die Organisation der behördlichen Angestellten.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Durch die Vertreterversammlung des Gewerkschaftsbundes der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens soll der gewerkschaftliche Zusammenschluß aller preußischen Kommunalbeamten und Dauerangestellten erfolgt sein. Demgegenüber ist festzustellen, daß für alle Kommunalangestellten, soweit Bureauangestellte in Frage kommen, seit Jahrzehnten die gewerkschaftliche Organisation bereits vorhanden ist. Früher war es der Verband der Bureauangestellten Deutschlands, der am 1. Oktober 1919 in den Zentralverband der Angestellten aufgegangen ist. Eine Scheidung verschiedener Art von Angestellten findet in dem freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten (Berlin SO. 26, Oranienstr. 40/41) nicht statt; er nimmt die Interessen aller Kommunalangestellten wahr.

Aus aller Welt.

Der Geist des Hazardeurs Berchtold, der der Welt den Krieg eingebrockt hat und sich jetzt in der Schweiz andauernd von der Zerstörung des ihm anvertrauten Reiches erholt, ist in seinem Wiener Palast weiter tätig; man hat darin einen vornehmen Spielklub eingerichtet. Die Bezirksvertretung hat auf sozialdemokratischen Antrag gegen christlichsozialen Widerspruch der Gewerbereferenten verlangt, daß das Gebäude gemeinnützigen und sozialen Zwecken dienstbar gemacht werde.

Das deutsche U-Boot „U 20“, welches die „Lusitania“ versenkte, strandete 1917 bei Vrist an der Westküste von Jütland. Eine Menge Eisen und alles, was im Innern von Wert war, ist bereits entfernt worden, und nur der Bootkörper ist noch übrig, der größtenteils von Sand überdeckt ist. Es besteht nun die Absicht, das Wrack zu sprengen, und zwar mit Minen, die noch häufig antreiben.

Kriechervereine. Die Kriegervereinsfahnen der Kriegervereine von Saarlouis und Lisdorf, die dem Landratsamte in Saarlouis zur Aufhebung übergeben waren, sind von dem derzeitigen kommissarischen Bürgermeister von Lisdorf, Ruff, als Kreisdeputierten dem französischen Kommandanten de Job geschenkt worden. Ein amtliches Dokument besagt darüber: „Das Landratsamt bescheinigt hiermit dem Herrn Kommandanten de Job, daß er die Fahnen des Kriegervereins von Saarlouis und Lisdorf als Andenken besitzt. Saarlouis, 6. März 1920. Der Landrat. J. A.: Ruff, Kreisdeputierter.“

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Billige **Fleisch**-Konserven, besonders geeignet für Wandervögel, Ruderer, Ausflügler und Sommerwohnungen.

Flage mit Sauerkohl 1-Pfd.-Dose 3,45
Kanin m. Sauerk. „ 3.—
Gulasch mit Sauerkohl „ 2.65
Feinkost-Ragout „ 1.25
Saure Lunge „ 1.75
Rindfleischbrühe 1-Pfd.-„ 0.45

Oskar Friedricksohn, Landsbergerstr. 13, Neue Königstr. 31, nahe Alex.-Platz. Fernspr. Agst. 3715

„Halbjungfern“, Sittenbild nach dem bek. franz. Roman „Demi-Vierges“ in 5 Akten mit Erika Glässner
Film-Palast Koppenstraße 29. Königst. 4114
Die „Berliner Range“ Lotte Bach als Schulschreck. Lustspiel in 3 Akten mit Hilde Wörner

Elektro-Motore Leitungs-Dynamo-Drähte Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex 4732). Kurze Str. 18 (Alex.-Pl.).

Jackettanzüge, auch für große, schlanke Figuren, Frack-, Smoking-, Gehrockanzüge, einzelne Fracks, Smokings, prima Stoffe, prima Zutaten, Friedensware, Hosen, Kleiderbüsten verkauft billig wegen Geschäftsaufgabe Prinzenstraße 70.

Verkäufe

Leiterwagen, Kastenwagen, Karren liefert billig. Großes Lager. Wagner, Cöpenicker Straße 71. 1212*

Kreuzstiche, Maschstiche, Aufstiche und alle anderen Beizarten, Taschenuhren, Brillanten, Silberwaren enorm billig. Linienstraße 203/1, Ecke Rosenthalerstraße, 1 Treppe.

300 Mark und mehr sparen Sie beim Kauf von Jackenanzügen, Cutaways, Paletots, Kostümen, Mänteln. Sonderangebot: Pelzwaren aller Art jetzt auffallend billig. Im Leihhaus Moritzplatz 58a.

Fahrräder

Damenfahrräder, Herrenfahrräder, 385. Motorsweirad, 1500. Fahrradgummis, Zubehör preiswert. Kämmerei, Große Frankfurterstraße 14, Hof.

Rennmaschinen, Schlauchreifen, billig Kraus, Gr. Frankfurterstr. 52. 48/1

Musikinstrumente

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 105.

Einzelpielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 30.— Monatshonorar. Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berner u. Co., Oranienstr. 156. 1363

Berlina-Pianos, neue, auch gespielte wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 752*

Kaufgesuche

Kriegsanleihe, Wertpapiere, Pfandscheine kauft, beleiht, Lange, Berlin, Oranienstraße 145.

Spiralbohrer kauft Werkzeughandlung Luisenufer 18, Lübeckerstraße 33.

Kupfer! Messing! Zinn! Quecksilber! Blei, Rotguß usw.! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle kauft zu Schmelzpreisen „Metall-Zentrale“ 1. Brunnenstraße 11; 2. Fennstraße 48; 3. Beusselstraße 79; 4. Bahnhofstraße 2 (am Anhalter Bahnhof); 5. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229.

Platinabfälle, Zahngebisse, Goldbruch, Silberbruch, sämtliche Metalle kauft Chausseestraße 110, vorn 1. Portal (Invalidenstraße). 1756*

Armeepistolen kauft zu höchsten Preisen. Kiesheim, Pulsenstr. 50.

Spiralbohrer, 5. 5. und Werkzeuge, technisch, kauft höchstzahlend Schade, Schivelbeinerstraße 36. †104

Unterricht

Mustergültiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer. „Postlagerkarte 498“ Briefpostamt C. 2.

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben) Tages-, Abendkurse Herren-, Damenschneiderei. Wäschekurse, Schnittzeichnen, Ausschneiden, Nähkurse, Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 489.

Verschiedenes

Damm, Detektive, Norden 7212, Invalidenstr. 86. Auskünfte, Beobachtungen, Verbrechen-Bearbeitung. 1742*

„**Heilmittelversand**“ für Mensch und Tier. Dr. med. H. Wittkowski, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Apostel-Paulus-Straße 12. 171*

Frauenleiden aller Art erfolgreiche Behandlung, unentgeltliche und diskrete Untersuchung. Bertulat, Chausseestraße 11. 1/86

Nebenverdienst bis 1000 Mark monatlich leicht zu Hause ohne Vorkenntnisse. Näheres auf briefliche Anfrage durch Wehrel u. Co. G. m. b. H., Lichterfelde, Postfach 220. 100/17*

Kunststopferei Große Frankfurter Straße 67. 653*

Rosenlager Rat! Billige Rechtsvertretung! (Spezialität: Ehesachen! Strafsachen!) Neukölln, Bergstraße 102 (Hermannplatz). 1968